Dienstag, 1. April 1924 . 72. Jahrgang Nr. 157

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

Chefredakteur: Otto Rühle, Berlin-Steglitz.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.

Einheitsbrot	0,50	Strom: Licht und Kraft	0,42
Schrippe	0,025	Gas	cbm 0,19
Milch 1	0,31	Wasser	cbm 0,21
Umrechngszf. Lebensm.	1000	Kurs der Goldmark	1 Bill.
Briketts	Ztr. 1,65	Steuerumrechnungszahl	1 Bill.
Koks	Ztr. 2,35	Der Reichsindex	1110 Milld.

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fleisch reichlich. Preise bei geringer Ware etwas nachgebend, sonst unverändert. Rindfleisch 0,75—0,85, ohne Knochen 0,90—1,20, Kalbfleisch 0,80—1,20, Hammelfleisch 0,75—0,80, Schweinefleisch 0,80—1,20, Geflügelfleisch 0,50—0,75, Rückenfett 0,80—1,00, Schweineleiber 0,85 bis 1,00, Rindertalg, ausgel. 0,55 bis 0,65, Butter 1,60—2,20, Margarine 0,50 bis 0,70 das Pfund, Salzheringe 0,06 bis 0,09, Kartoffeln 10 Pfd. 0,42—0,45.

Strassenbahn ..... 0,15 Postk. Ort 0,03, Fern u. Gest. 0,05
Hochb. II. 0,15-0,20, III. 0,10-0,15 Ausl. 0,20 Tschech. u. Dng. 0,15
Stadtbahn ... II. 0,25, III. 0,15 Brief Ort 0,05, Fern u. Gest. 0,10
Omnib. Teilstr. 0,15, g. Str. 0,20 Ausl. 0,30, Tschech. u. Dng. 0,25
Telephon 0,15, Automat 0,15 Telegramme das Wort Berlin
Rohrpost-Karte 0,36, -Brief 0,40 7½ Pf., Deutschland 15 Pf.

Das Urteil im Hitler-Prozeß

Ludendorff freigesprochen, Hitler, Poehner, Kriebel und Weber fünf Jahre Festung, aber nach sechs Monaten Bewährungsfrist — Bayerns Ende als Rechtsstaat

München, 1. April 1924. (B. S.).

Um 10 Uhr 5 Minuten verkündete der Vorsitzende des Volksgerichts, Landgerichtsdirektor Neidhart, folgendes Urteil:

Die Angeklagten Hitler, Poehner, Kriebel, Weber werden wegen Hochverrats zu je 5 Jahren Festungshaft sowie zu einer Geldstrafe von je 200 Goldmark verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft wird angerechnet: bei Hitler mit 4 Monaten 2 Wochen, bei Weber mit 4 Monaten 3 Wochen, bei Poehner und Kriebel mit je 2 Monaten 2 Wochen.

Die Angeklagten Röhm, Frick, Brückner, Pernet und Wagner werden wegen Beihilfe zum Hochverrat zu je einem Jahr drei Monaten Festungshaft und zu einer Geldstrafe von je 100 Goldmark verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft wird bei Röhm und Frick mit je 4 Monaten 3 Wochen, bei Brückner mit 4 Monaten einer Woche, bei Pernet und Wagner mit je 2 Monaten 3 Wochen angerechnet.

Sämtliche vorgenannten Angeklagten werden zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Der Angeklagte General Ludendorff wird von der Anklage des Hochverrats freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden, soweit er in Frage kommt, der Staatskasse auferlegt.

Die Haftbefehle gegen Frick, Röhm und Brückner werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Die Angeklagten Brückner, Röhm, Pernet, Wagner und Frick erhalten für den Strafrest Bewährungsfrist bis zum 1. April 1928.

Den Angeklagten Hitler, Poehner, Weber und Kriebel wird nach Verbüßung eines Strafteiles von 6 Monaten Festungshaft, Bewährungsfrist für den Strafrest in Aussicht gestellt.

Die Verurteilung sowohl wie der Freispruch erfolgte mit 4 Stimmen.

*

Man kann getrost sagen, daß das Urteil von München den gehegten Erwartungen entspricht. Was kann aus der „Ordnungszelle" gutes kommen! Aber das Eintreffen aller Befürchtungen ist ein schwerer Schlag für Deutschland. In der Geschichte unseres Rechtsstaates wird der 1. April 1924 für immer ein schwarzer Tag bleiben.

Unwillkürlich schweift der Blick von München nach Leipzig. Hier jagt man einen Mann drei Jahre ins Gefängnis, der nichts weiter verbrochen, als daß er einem bösen Verfolger gegenüber zu willensschwach war. Er hat niemanden geschädigt, keine Sondervorteile errungen, jedoch der Staatsautorität Abbruch getan. Wie ganz anders haben die bayerischen Hochverräter mit dieser Staatsautorität gewistet. Bis in den Gerichtssaal hinein höhnten sie die Rechtsgrundlage des Reiches, die Weimarer Verfassung, die sich ein freies Volk aus eigenem Recht geschaffen, um an die Stelle des Chaos wieder das Gesetz zu stellen. Nicht nur gegen diese Verfassung, sondern auch gegen die gesetzliche Gewalt eines deutschen Landes unternahmen sie ein hochverräterisches Unternehmen mit bewaffneter Hand. Ihre Untat kostete Blut, verursachte den Verlust von Menschenleben. Die bayerische Ausnahmeverordnung setzte für ein Delikt mit solchen Folgen ausschließlich die Todesstrafe fest. Wir sind die letzten, die nach Blut lechzen. Wir haben stets die Todesstrafe abgelehnt, gleichviel ob sie gegen einen kriminellen oder einen politischen Verbrecher verhängt wurde. Aber Recht muß Recht bleiben! Ohne Ansehen der Person! Indem das bayerische Volksgericht das Recht seines eigenen Staates mißachtete, sprach es ein Todesurteil. Nicht gegenüber den Angeklagten! Wohl aber gegenüber dem Staate, der ein Rechtsstaat sein soll. Mit dem Münchener Urteil scheidet Bayern als Rechtsstaat aus. Der Hochverrat, die bewaffnete Rebellion gegen die Staatsgewalt, das schlimmste Verbrechen, das die Strafgesetzbücher geordneter Kulturstaaten kennen, wird in Bayern durch das Münchener Urteil zu einem „billigen Vergnügen". Sechs Monate Festungshaft werden für die Angeklagten eine Erholung sein. Dann setzt die Bewährungsfrist ein. Sie ist vielleicht eine Bindung für die Verurteilten, aber nur dann, wenn die Konjunktur wechselt. Gelingt es der Reaktion bei den Reichstagswahlen einen Rechtssieg zu erringen, dann wird den Hitler, Poehner, Kriebel und Weber und nicht zuletzt Herrn Ludendorff der Kamm aufs neue schwellen. Auf den Rechtssieg wird ein Rechtsputsch folgen. Das klingt unnicht paradox. Aber es ist ja ganz klar, daß die Rechte ihre Wahlversprechungen gar nicht halten kann. Ihre Politik ist ein reiner Kampf um die Macht und er wird sehr bald im Bürgerkrieg und in weltpolitischen Verwicklungen enden. Dann wird niemand mehr nach „Bewährungsfrist" fragen.

Ein besonderes Kapitel ist die Freisprechung Ludendorffs. Er war der Beihilfe angeklagt. Die übrigen Hauptangeklagten hatten es ja von vornherein darauf angelegt, Herrn Ludendorff als verführtes Opferlamm hinzustellen. Aber die Beweisaufnahme ergab den klaren Nachweis, daß Ludendorff von Anbeginn an im Komplott war. Er hat ungezählte Verhandlungen und Besprechungen geführt, die alle mehr oder weniger dem bewaffneten Umsturz galten. Im Bräukeller war er es, der Kahr, Seisser und Lossow zum „Mitmachen" ermunterte. Es war schon mehr als Beihilfe! Sein Freispruch dürfte in der ganzen Welt als schlotternde Angst vor der Strafe empfunden werden.

Wirft das Münchener Urteil schon im Vergleich mit dem Zeigner-Urteil schwere Schlagschatten auf den deutschen Ruf, so muß die innen- und außenpolitische Wirkung geradezu katastrophal werden, wenn man sich an andere bayerische Urteile erinnert. Im Zuchthaus von Niederschönenfeld schmachten die Opfer des Räteaufstands. Fünf lange Jahre haben sie bereits dort zugebracht. Bald wird der Dichter Toller der Freiheit wiedergegeben, der am Rätputsch viel weniger Schuld war als Ludendorff an der Bräukellerrevolution. Erich Mühsam soll dort 15 Jahre lebendig begraben bleiben. Fechenbach sitzt seit Jahren hinter Kerkermauern, obwohl das Urteil gegen ihn einen offenkundigen Rechtsirrtum darstellt. Quidde hat man soeben durch die Gefängnisse geschleift. Gnade und Nachsicht für monarchistische Hochverräter, Kerker und Zuchthaus für die Anhänger der Republik! Die Folgen müssen für uns schlimm werden!

Zwischenfälle nach dem Urteilsspruch

Eine Erklärung Ludendorffs

München, 1. April. (B. S.)

Nachdem der Vorsitzende nach der Verlesung der Urteilsgründe die Sitzung geschlossen hatte, kam es zu einem dramatischen Zwischenfall. Zunächst erhob sich der Verteidiger Hitlers, Rechtsanwalt **Roder, und beantragte die Aufhebung des Haftbefehls gegen Hitler.** Der **Vorsitzende** fertigte ihn kurz ab mit der Bemerkung, daß beim Volksgericht mit der Urteilsverkündung das Urteil sofort rechtskräftig würde, daß infolgedessen jetzt das Gericht für diese Frage nicht mehr zuständig sei, sondern daß ein solcher Antrag an die Staatsanwaltschaft zu richten wäre. Als Rechtsanwalt **Roder** erneut versuchte, zu Worte zu kommen, erklärte der **Vorsitzende** kurz und bündig: „Wir können und dürfen nicht. Die Sache ist ganz einfach."

Dann erhob sich plötzlich General Ludendorff und erklärte ersichtlich in starker Erregung: „Ich empfinde diesen Freispruch als eine Schande für den Rock und die Ehrenzeichen, die ich trage."

Kaum hatte Ludendorff diese Worte gesprochen, da brachen sämtliche Zuhörer in den stürmischen Ruf „Heil Ludendorff" aus. Im Saal entstand durch diese Demonstration und die Erklärung Ludendorffs zunächst große Unruhe und Bewegung. Der **Vorsitzende**, der von der Erklärung Ludendorffs augenscheinlich völlig überrascht war, faßte sich erst nach einiger Zeit und sprach dann erst die scharfen Worte aus: **„Ich weise Exzellenz Ludendorff ganz entschieden zur Ordnung. Ich sehe in seiner Bemerkung eine grobe Ungehörigkeit.** Ebenso ungehörig ist das Verhalten des Publikums. Wenn sich die einzelnen Rufer feststellen könnte, würde ich sie in Ordnungsstrafen nehmen." Der Vorsitzende richtete dann an die im Saale anwesenden Polizeibeamten das Ersuchen, einzelne Rufer festzustellen, was aber augenscheinlich nicht gelang. Damit war die Verhandlung beendet. Auf Anordnung des Gerichts mußten die Angeklagten im Saal bleiben, bis die Zuhörer und sonstigen Prozeßteilnehmer sich entfernt hatten.

Vor der Kriegsschule in der Blutenburgstraße, wo Ludendorffs Auto, das mit der schwarzweißroten Fahne geschmückt war, wartete, kam es inzwischen trotz der scharfen Absperrungen zu größeren Ansammlungen, die noch durch die herausströmenden Zuhörer verstärkt wurden.

Die Urteilsbegründung

In der **Begründung des Urteils** heißt es: Im September 1923 war aus den Sturmabteilungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und Oberland und der Reichsflagge der Deutsche Kampfbund gebildet worden. Die Reichsflagge trat bald aus dem Bund wieder aus, worauf sich die „Reichs-Kriegsflagge", bestehend aus den nichtbayerischen Mitgliedern der „Reichsflagge" konstituierte und Kampfbundmitglied wurde. Zweck und Ziel des Kampfbundes ergibt sich aus einer Kundgebung auf dem Deutschen Tag in Nürnberg vom 2. September 1923. Sie sind der Niederschlag einer Weltanschauung, die im schroffsten Gegensatz steht zum Marxismus. Programm ist die Vernichtung der Weimarer Verfassung und des durch sie verkörperten parlamentarischen Systems, und Beseitigung aller Folgen der Revolution von 1918, insbesondere der auf sie fußenden und in ihrem Geiste tätigen Regierung. Insbesondere ist in dieser Nürnberger Kundgebung ausgeführt, daß die Freiheit erkämpft werden müsse durch die nationale Selbsthilfe des Volkes, daß aber der in Weimar errichtete deutsche Staat nicht Träger dieser deutschen Freiheitsbewegung sein könne. Für die Sturmabteilungen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei ist dieses Ziel noch näher bezeichnet worden in dem Nachrichtenblatt Nr. 2 vom 26. Oktober 1923. Danach hat Hitler am 23. Oktober die politische Lage dahin aufgefaßt, daß der Kampfbund im Gegensatz zu der engstirnigen, rein auf bayerische Abwehr eingestellten Politik der Kräfte hinter der bayerischen Diktatur nur den Weg gehen könne: Aufrollen der deutschen Frage in letzter Stunde von Bayern aus, Aufruf einer deutschen Freiheitsarmee unter einer deutschen Regierung in München. Durchführung des Kampfes in ganz Deutschland bis zur Hissung der schwarz-weiß-roten Hakenkreuzfahne auf dem Reichstagsgebäude in Berlin zum Zeichen der Befreiung Groß-Deutschlands.

Leiter des Kampfbundes waren die Angeklagten Hitler und Kriebel. Ersterer war zugleich Vorstand der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Neben ihm fungierte der Mitangeklagte Brückner. Führer von „Oberland" war der Mitangeklagte Dr. Weber, Führer der „Reichskriegsflagge" der Mitangeklagte Böhm. Die Mitangeklagten Ludendorff, Poehner und Frick standen, ohne Mitglieder eines der im „Kampfbund" vereinigten Verbände zu sein, dem Bunde nahe. Am 26. September 1923 wurde nach Aufgabe des passiven Ruhrwiderstandes vom bayerischen Gesamtministerium auf Grund des Artikels 98 der Reichsverfassung, nach § 64 der bayerischen Verfassungsurkunde der Regierungspräsident von Oberbayern, Dr. v. Kahr, zum Generalstaatskommissar bestellt und ihm die vollziehende Gewalt übertragen.

Als seine Aufgabe betrachtete Kahr ebenfalls den Kampf gegen den Marxismus und die Schaffung eines überparteilichen, in seinen Zielen nach rechts gerichteten und von dem Druck und den wechselvollen Einflüssen des Parlaments befreiten Direktoriums.

Während sich sofort die übrigen vaterländischen Verbände hinter Kahr stellten, verhielt sich der Kampfbund zunächst abwartend. Auch in der Folgezeit werde trotz einer ganzen Reihe von Besprechungen, die in enger Fühlung mit Kahr, meist von den Zeugen v. Lossow und v. Seisser, als den Vertretern der staatlichen Machtmittel, nämlich der Reichswehr und Landespolizei, mit den Vertretern des Kampfbundes geführt wurden, jedenfalls kein restloses Einvernehmen erzielt. Es behaupten aber die Angeklagten, der Ueberzeugung gewesen zu sein, daß im Grunde Einverständnis mit Kahr, Lossow und Seisser bestehe, daß sie so aber von sich aus nicht die Entschlußkraft aufbrächten, das gemeinsam Gewollte in die Tat umzusetzen. Dieses gemeinsam Gewollte war nach der Behauptung der Angeklagten Hitler, Dr Weber, Kriebel und Poehner kurz gesagt **die Lösung der deutschen Frage,** entsprechend dem schon erwähnten Kampfbund-Programm, also in der Weise, daß in Bayern eine großdeutsch eingestellte, von den Fesseln des Parlamentarismus befreite **nationale Reichsdiktatur** ausgerufen und mit brachialer Gewalt nach Berlin, dem Sitz des reichsverderbenden internationalen Marxismus vorgetragen werde.

Das Instrument hierzu sollte die Nationalarmee sein, als deren Grundstock die gesamte Reichswehr sowie die Landespolizei angesehen wurde, von denen man überzeugt war, daß sie sich auf die Seite des Kampfbundes stellen würde.

Es braucht im einzelnen auf den Inhalt der Unterredungen, die in der Hauptverhandlung ja ausführlich erörtert worden sind, nicht eingegangen zu werden. Jedoch ist hervorzuheben, daß Kahr,

Schnelldienst

Nach einer Havasmeldung wird die Session der Kammer noch zehn Tage dauern.

Auch der französische Senat hat die drei Budgetzusätze mit großer Mehrheit angenommen.

Infolge der Obstruktion der Kroaten hat die jugoslawische Skupitschina ununterbrochen drei Tage lang getagt.

Der Schwiegersohn Lord Curzons ist der Labour Party beigetreten.

Eine Petition der englischen Quäker fordert die Aufhebung der Todesstrafe.

Der ehemalige brasilianische Präsident Nilo Peçanha ist gestorben.

Die griechischen Oppositionsparteien haben beschlossen, am 13. April an der Abstimmung über die Einführung der Republik teilzunehmen.

Der Papst empfing gestern in privater Audienz den Erzbischof von Paris, Kardinal Dubois.

Nach der Pariser „Humanité" beträgt die Zahl der Streikenden in der Textil- und Metallbranche im südlichen Bezirk von St. Etienne 20 000 Mann.

Lossow und Seisser es entschieden bestreiten, zu irgendeiner Zeit Aeußerungen getan zu haben, die die Angeklagten zu der Meinung hätten veranlassen können, daß sie führerseits an die Möglichkeit einer solchen in Bayern aufgestellten Behauptung glaubten. Vielmehr hätten Kahr, Lossow und Seisser stets mit Entschiedenheit betont, daß das von ihnen für notwendig gehaltene nationale Direktorium in Berlin jetzt begründet werden müsse, und zwar unter Heranziehung tragfähiger Namen aus dem Norden des Reiches. Auch die schon erwähnten Maßnahmen hätten die Angeklagten unmöglich im Sinne von Vorbereitungen eines Marsches nach Berlin deuten können. Das von ihnen ins Auge gefaßte Ziel sei also nicht die Beseitigung der verfassungsmäßigen obersten Reichsorgane, sondern im Gegenteil die Schaffung des Direktoriums durch diese Organe. Natürlich sei dieses Direktorium wie alle auf Artikel 48 der Reichsverfassung gestützte Maßnahmen, als vorübergehende Einrichtung gedacht gewesen, das nach Erfüllung seiner Aufgabe — Herstellung geordneter Verhältnisse — wieder der ordentlichen Reichsgewalt Platz machen sollte.

Aus der schon erwähnten Ueberzeugung heraus, daß Kahr, Lossow und Seisser trotz des vorhandenen Willens das tatkräftige Wollen niemals aufbringen wollten, hat Hitler am 6. November mit einigen Personen, zu denen keiner der Mitangeklagten gehörten, den Entschluß gefaßt, **den drei Herren Gelegenheit zum Absprung zu geben und die nationale Revolution in Gang zu bringen.** Mitbestimmend war hierbei für ihn, nach seiner Behauptung, die seit dem 4. November 1923 in ihm aufgetauchte Besorgnis, daß nunmehr nach der Reise Seissers die drei Herren eine andere Richtung haben könnten, und daß es, wie Lossow bei einer früheren Unterredung einmal angedeutet haben solle, nun entweder zu einer Separation Bayerns, oder aber ein Direktorium Minour—Gayl—Seeckt, mit einem jüdischen Finanzminister, der den wahnwitzigen Gedanken einer **Umwandlung der Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft** hege, errichtet werde.

Die Urteilsbegründung weist dann weiter darauf hin, daß als Zeitpunkt zum Handel der 8. November in Aussicht genommen worden sei. Sie streift dann die Verhandlungen Hitlers mit Weber und Kriebel, sowie mit Poehner und dessen Vorbereitungen für die Versammlung im Bürgerbräu. Von den Vorgängen im Bürgerbräu selbst wird erklärt, daß sie sich im allgemeinen so abgespielt hätten, wie es die Anklageschrift geschildert habe. Die Urteilsbegründung führt schließlich folgendes aus:

„In tatsächlicher Hinsicht hält das Gericht von den Vorgängen, in denen die Anklage den Tatbestand des Hochverrats ableitet, folgendes für erwiesen: **Hitler, Kriebel und Weber sind die Urheber des Planes,** Poehner war mit dem Plan und mit der ihm zugedachten Rolle einverstanden. Es fand deshalb Hitler, Weber und Poehner, vorausgesetzt, daß eine strafbare Handlung überhaupt vorliegt, als Mittäter im Sinne des § 47 St. G. B. anzusehen, wenn natürlich auch infolge der Verschiedenheit der einzelnen Aufgaben nicht jeder jede einzelne Maßnahme des anderen bekannt und gebilligt haben wird.

Bei den Angeklagten **Böhm, Brückner, Wagner, Pernet** und **Frick** wird es für nicht erwiesen gehalten, daß sie in die von Hitler, Kriebel, Weber und Pöhner in der Zeit vom 6. bis 8. November gefaßten Entschlüsse eingeweiht waren. Wenigstens Brückner, Böhm und Frick kannten aber die Einstellung und das Ziel des Kampfbundes im allgemeinen. Alle drei waren am Abend des 8. November von den Ereignissen im Bürgerbräu genau unterrichtet worden. Sie waren sich auch darin klar, daß die gewaltsame Lösung der deutschen Frage nunmehr vom Bürgerbräu aus in Gang gebracht worden war.

Bei **Frick** sei der Beweis für die Behauptung der Anklage, daß er schon seit längerer Zeit mit seinem Wissen für die Stelle des Polizeipräsidenten in Aussicht genommen war, nicht geführt. Aber er ist am Abend des 8. November im Bürgerbräukeller zweimal „Polizeipräsident" genannt worden, und es erfolgte seine Verständigung davon in Vollzug der Anordnungen Kriebels. Es ist mehr wie auffällig, daß diese Meldung Frick in seinem Amtszimmer traf.

Von **Pernet** muß wegen seiner Zugehörigkeit zur Nationalsozialistischen Arbeiterpartei ebenfalls angenommen werden, daß ihm die Einstellung und das Ziel des Kampfbundes nicht unbekannt war.

Ludendorffs Abfahrt

Demonstrationszüge

München, 1. April. (B. T.)

Auf dem Korridor, der den Verhandlungssaal mit den Zimmern der Angeklagten verbindet, hatten sich nämlich inzwischen stürmische Szenen abgespielt. Im Auftrage der politischen Polizei München war General Ludendorff durch Regierungsrat Paß ersucht worden, sein Auto aus Sicherheitsgründen nicht auf der Straße, sondern im Hof der Kriegsschule zu besteigen und nicht auf seinem gewohnten Wege durch die Stadt, wo ihn bereits Tausende erwarteten, noch Ludwigshöhe zurückzufahren, sondern einen Umweg zu wählen. Ludendorff geriet über diese Aufforderung der Polizei in fürchterliche Aufregung. Unterat im Gesicht schrie er Regierungsrat Paß an: **„Verhalten Sie mir dann gleich,** ich gehe hier überhaupt nicht weg, ich bleibe den den übrigen Angeklagten." Und seine Mitangeklagten schienen gleichfalls der Auffassung zu sein, daß der General zu ihnen gehöre, denn Dr. Weber versuchte ihn wiederholt zu bewegen in der Kriegsschule zu bleiben. Regierungsrat Paß berief sich demgegenüber auf seine Instruktionen und es kam zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem General.

Nach einiger Zeit erschien dann General Ludendorff, begleitet, von seinem Verteidiger, Dr. Lütgebrune und seiner militärischen Umgebung auf der Treppe. Als er im Vorraum der Kriegsschule Miene machte, sich zu seinem auf der Straße wartenden Wagen zu begeben, trat ihm wiederum Regierungsrat Paß entgegen und erklärte: Exzellenz, ich bitte von neuem, den Wagen nicht auf der Straße, sondern auf dem Hof zu besteigen." Ludendorff achtete gar nicht auf diese Aufforderung, sondern schritt weiter zur Tür, die von dem Polizisten ihm bereits geöffnet wurde. Darauf drängte sich Reg.-Rat Paß an ihm vorbei und schloß die Tür unmittelbar, bevor Ludendorff auf die Straße treten wollte. Ludendorff blieb darauf stehen und erklärte dem Regierungsrat wütend: „Es fällt mir gar nicht ein, auf dem Hof einzusteigen. Auf seinen Fall trete ich dort in meinen Wagen." Er blieb zunächst im Vorraum stehen. Zu der Zwischenzeit hatte sich Regierungsrat Paß anscheinend mit seinem Vorgesetzten in Verbindung gesetzt; jedenfalls wurde nach einigen Minuten Ludendorff der Weg zur Straße freigegeben. Dort angekommen, wurde er von der auf ihn wartenden Menge und von den vielen Hunderten, die die Fenster der umliegenden Häuser besetzt hielten, mit stürmischen „Heil!"-Rufen, Hüte- und Tücherschwenken begrüßt.

Poincarés Echo in der Presse

Die Inhaltlosigkeit der Regierungserklärung

Paris, 1. April. (W. T. B.)

Der linksradikale „Paris-Soir" sagt, die von der Kammer kühl aufgenommene Erklärung sei nach der üblichen Schablone entworfen und abgefaßt. **Sie verdiene weder dem Inhalt noch der Form nach besondere Aufmerksamkeit.** Es liege auf der Hand, daß im Innern wie nach außen die Politik Poincarés fortgesetzt werde.

Der „Temps" stellt die ministerielle Erklärung als das Werk eines über den Parteien stehenden Staatsmannes hin. Poincaré habe dargetan, wie Frankreich den gemeinsamen Interessen aller Nationen dadurch zu dienen gedenke, daß es seinen eigenen Rechten Achtung verschaffe. Der Gedankengang der Regierungserklärung sei um so wirksamer, als sie nicht die realen Bedürfnisse Frankreichs außer Acht lasse.

„Echo de Paris" schreibt: Die Männer haben gewechselt, die Politik aber nicht. Das ist das Wesentliche der ministeriellen Erklärung. Das Land hat immer volles Vertrauen zu dem Ministerpräsidenten gehabt und, wenn die Wahl der Männer, die sich ihm genähert haben, ihm auch etwas überraschend erschien, die Meinungen von gestern beunruhigen es nicht mehr, denn sie werden ja so leicht geopfert. Die aber, die sie aufgegeben haben, haben nunmehr in der Ausübung ihres Amtes und durch Taten zu beweisen, daß sie sich ohne Reserve völlig der nationalen Politik angeschlossen haben. Sie haben sich nicht nur genähert, sie haben sich auch versichtet, dem Lande zu dienen. Das Land ist überzeugt davon, daß der Ministerpräsident darüber wachen wird.

„Journée Industrielle" meint das vollkommen Neue in der Auffassung Poincarés liege in dem lyrischen Ton, in dem er von der Außenpolitik gesprochen habe. Hier habe man es mit der ganzen Theorie der Beziehungen zwischen Frankreich und Europa zu tun. Er habe in Wirklichkeit die Sprache eines Jaurès geführt. Gerade diesen „lyrischen" Teil der ministeriellen Erklärung habe die Kammer nicht ohne inneren Widerstand aufgenommen.

André Tardieu sagt im „Echo National", **niemals sei eine Regierung vom Parlament schlechter aufgenommen worden als das neue Kabinett Poincaré.** Das rühre daher, daß die Zweideutigkeit, auf der das Kabinett aufgebaut sei, gleich bei den ersten Worten der ministeriellen Erklärung jedem in die Augen gesprungen sei.

„Oeuvre" schreibt, als Poincaré, begleitet von François Marsal und de Selves in den Sitzungssaal trat, hätten einige unerschrockene „Mamelucken" eine Kundgebung versucht. Ihr Beifall habe jedoch nicht den mindesten Widerhall gefunden, und der Ministerpräsident habe inmitten eines eisigen Schweigens zur Verlesung der Erklärung die Tribüne bestiegen. **Gleich zu Anfang habe die Kammer ihr Empfinden durch die spöttische Haltung bewiesen, als Poincaré andeutete, daß seine neuen Mitarbeiter, die gestern noch in der Opposition waren, ihm sämtlich Konzessionen gemacht hätten.** Sogar bei der Gruppe Arago habe man diese Geste nicht sehr gentlemanlike empfunden. Das Piedestal, auf das man Poincaré gehoben hatte, sei nun mit einem Male verschwunden, und man habe einen kleinen Mann bemerkt.

Im „Populaire" sagt Léon Blum, nach der Sitzung habe es in den Wandelgängen nur ein Urteil gegeben: **wenn nicht in einem Monat Wahlen wären, wäre die Krise einige Wochen früher entstanden, es sei hinzugefügt worden, dann wäre das Kabinett wohl augenblicklich wieder gestürzt worden.** Auf alle Fälle aber werde das Ministerium Poincaré, wie die Dinge liegen, und vorausgesetzt, daß es nicht zu einem jener unvorhergesehenen Mißgeschicke komme, heute eine Mehrheit finden, eine geschwächte, eine nervöse Mehrheit, die den Zwang unterstützen, den sie sich selbst auferlege, aber trotzdem eine Mehrheit. Eines stehe aber schon fest, daß der nationale Block in dieser Mehrheit allein figurieren werde.

Hervé erklärt in der „Victoire", die ministerielle Erklärung sei ohne Offenheit und ohne Mut. Es handele sich um einen Versuch, die Leute vom Ruhrgebiet zu unterhalten, von dem im Augenblick gar nicht die Rede sei, während man unmittelbar vor den Wahlen von der Regierung Aufklärungen verlange über die zweideutige Haltung, die sie seit zwei Jahren in der inneren Politik eingenommen habe.

Londoner Stimmen

London, 1. April. (W. T. B.)

Alle Blätter heben in Telegrammen aus Paris die bemerkenswerte Kälte hervor, mit der die Regierungserklärung des neuen Kabinetts Poincaré in der Kammer aufgenommen wurde. Nur wenige Blätter äußern sich zu Poincarés Rede. „Daily News" schreiben, die Verteilung des Tones in der französischen Presse und in den Reden französischer Minister dürfte direkt auf das Aufhalten des Francsturzes zurückgeführt werden können. **Das Fallen des Franc hätte mehr als alle Warnungen, Drohungen und nie endenden Verhandlungen britischer Staatsmänner dazu beigetragen, in Frankreich ein Gefühl für seine internationalen Verantwortlichkeiten zu wecken.** Unter diesem Gesichtspunkt sei es bedauerlich, daß die Erholung des Francs der Wiedereröffnung vitaler Erörterungen, die den gesamten Charakter der französischen Politik in Europa umfassen dürften, unmittelbar vorausgegangen sei.

„Daily Chronicle", der das neue französische Kabinett als einen Notbehelf ansieht, betont, daß die Regierungserklärung Poincarés keine neue Außenpolitik andeute. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, Poincarés Rede habe die letzte Illusion zerstreut, daß seine Ruhrpolitik infolge Lloyd George's Eintritt in sein Kabinett geändert werden würde, oder daß die Annahme eines Portefeuilles durch de Jouvenal eine Bekehrung Poincarés zur baldigen Intervention des Völkerbundes in den Problemen der Reparationen und der Sicherheit bedeute.

Oberhalb der Himmelsleiter

Elysium, 1. April 1924.

„Worüber so ägriert, Fürst Bismarck, Und noch dazu an seinem Wiegenfeste?"

„Die letzten drei Haare möcht' man sich ausrupfen, Majestät! Ein Blick in die Zeitung genügt, um mir jedwede Laune zu vergiften."

„Ich rühr' keine Gazetten an. Und tät' ich's, ich bin längst abgebrüht durch den Fridericus-Gedächtnisrummel, den sie da unten seit drei Jahren mit mir arrangiert haben."

„Aber der politische Rummel — da kann's einem noch übler werden. Ausgerechnet die Leute, die mir bei Lebzeiten das Dasein

verbittert haben, benützen mich jetzt als Firmenschild für ihren wüsten Wahlrummel."

„Mich ja auch! Da sind wir ja Leidensgefährten. Aber was kann uns das anhaben? Ich kann nicht mehr mit dem Krückstock dazwischenschlagen, wenn mich die Domestikenseelen, über die zu herrschen ich längst müde war, auf ihren Wahlaufruf an den Straßenecken plakatieren."

„Das Pokdonnerwetter soll dreinfahren! Da hieß man nun der Eiserne Kanzler. Wenn ich wenigstens mal hinunterlangen und ihnen, die solch wüstloses Spiel mit unserem ehrlichen Namen treiben, den Kopf zurechtsetzen könnte!"

„Amour perdu! Die Kerls, die uns vor ihren Karren spannen möchten, sind unkurierbar. Hale Er's lieber mit dem andern Eisernen hier oben."

„Wen meinen Majestät?"

„Den mit der eisernen Hand. Den Berlichinger. Der begnügte sich, wenn ihm was so recht zuwider war, damit, krachend das Fenster zuzuschmeißen und — und"

„Ich weiß! Ich weiß! Majestät haben recht. Allzu recht. Schmeißen wir das Himmelsfenster zu! Was der Göß dann gerufen hat, das hab' ich im stillen den faden Hurrahschreiern, die mit uns beiden hausieren gehen, schon hundertmal zugerufen!"

Um das Weimarer Bauhaus

Zu dem Kampfe um die von viris obscuris beabsichtigte Liquidierung einer so wichtigen Kulturstätte, wie des Weimarer Bauhauses, sendet uns Walter Gropius folgende Ausführungen, die wir der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen glauben.

Die Redaktion

Wieder versuchen aus Unkenntnis oder Parteilichkeit feindlich eingestellte Kreise die Existenz des Staatlichen Bauhauses in Weimar zu bedrohen und verbreiten vorzeitig in der Presse Nachrichten über eine Liquidierung der Anstalt, die die Entschließung der thüringischen Regierung und des Thüringer Landtages beeinflussen sollen, der Anfang April bei der Statberatung des Staats auch über die Zukunft des Bauhauses Entschlüsse zu fassen hat.

Wir warnen nachdrücklich davor, daß eine bedeutende Kulturangelegenheit, wie das Bauhaus, das weit über die Reichsgrenzen hinaus zu einer deutschen Sache geworden ist, zu einer Parteisache herabgewürdigt wird. In Konsequenz unserer sachlichen Haltung weisen wir politische und andere unsachliche Anwürfe als durch nichts begründete Unterstellungen zurück. Wir können nach fest fünfjährigem Bestehen nicht nur mit dem Gewissen gut geleisteter Arbeit vor die Oeffentlichkeit treten, sondern auch mit einfachen Tatsachen jeden sachlich Denkenden überzeugen:

Das Bauhaus ist der erste praktische Versuch der Zusammenlegung einer Akademie und einer Kunstgewerbeschule (90 Prozent Staatszuschuß) zur Durchdringung werklicher und künstlerischer Arbeit für die gesamte Lebensgestaltung. Aus den nachstehenden Zahlen ergibt sich deutlich, daß es tatsächlich gelang, aus ihrem bisherigen Wesen nach reinen Lehrinstituten (Akademie und Kunstgewerbeschule) bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung ihrer erzieherischen Aufgabe eine produktive und wirtschaftlich auswertbare Anstalt zu machen.

Trotzdem das Lehrgeld grundsätzlich abgeschafft und die Lehrlinge und Gesellen (Studierende) für ihre Arbeiten bezahlt wurden, ist die Vermögenslage des Bauhauses folgende: Inventarwert bei Gründung 1919 zirka 2390 Goldmark (die Werkstatteinrichtungen waren bis auf vereinzelte Stücke nicht vorhanden). Für die Einrichtung der Werkstätten und für den Produktivbetrieb erhielt das Bauhaus außer dem laufenden Schuletat (Gehälter, Bibliothek, Licht und Heizung) seit Gründung 1919 bis heute insgesamt 19 715 Goldmark. Vermögen des Bauhauses am 1. Januar 1924 einschließlich Inventar der inzwischen begründeten sieben neuen und drei alten ausgebauten Werkstätten 55 101 Goldmark. Seit Eröffnung der Ausstellung 1923 wurden an Erzeugnissen verkauft für zirka 12 900 Goldmark. Seit 15. Januar 1924 wurde neue Aufträge in Höhe von zirka 12 000 Goldmark eingebracht.

Ueber 50 Firmen in 36 Städten des In- und Auslandes sind Abnehmer des Bauhauses geworden, ein großer Teil unterhält ständige Ausstellungen unserer Erzeugnisse.

Für die Ausstellung des Bauhauses 1923, die von über 15 000 Personen besucht wurde, erbaute das Bauhaus ein Verkaufshaus ohne jede staatlichen Mittel durch auf eigene Initiative veranlaßte Unterstützung und Mitarbeit der deutschen Industrie und richtete das Haus mit seinen eigenen Werkstätten ein. Beim Verkauf des Hauses und seiner Einrichtung wurde ein Gewinn von 5260 Goldmark erzielt.

Durch unsere Arbeit (Bauten) wurden dem Handwerk und der Industrie zahlreiche Aufträge zugeführt.

Eine Bauhausfiedlung, ein Bauhausverlag, eine Bauhausküche wurden gegründet, die sich aus eigenen Mitteln erhalten.

Das Archiv des Bauhauses sammelte über 300 Berichte und Aufsätze des In- und Auslandes über die Bauhausarbeit.

Wir bitten alle, die sich in den heute so schwierigen Verhältnissen für das geistige Wollen des Reiches mitverantwortlich fühlen, sich und anderen klar zu machen, was eine Beengung oder Vernichtung der Bauhausarbeit in kultureller Hinsicht bedeuten würde. Es wäre beschämend für die deutsche Kulturentwicklung, wenn geistiger Aufbau durch Parteigeist zunichte gemacht wird. Wir rechnen auf die tatkräftige Unterstützung unserer Freunde und aller kulturellen Kreise und sind überzeugt, daß die thüringische Regierung und der Thüringer Landtag ohne Betonung von Parteiunterschieden unsere über den Parteien stehende Sache besonnen und sachlich behandeln und den Schwankungen des heutigen politischen Lebens entziehen wird.

Im Auftrage der Meister des Staatlichen Bauhauses:

W. Gropius. L. Feininger. W. Kandinski. F. Klee.

Curzons Schwiegersohn tritt der Labour Party bei

London, 1. April. (W. T. B.)

Das unabhängige Parlamentsmitglied Oswald Mosley, ein Schwiegersohn Curzons, der früher einen Sitz im Unterhaus als Koalitionsunionist einnahm, hat an MacDonald einen Brief gerichtet, in dem er ihn um seine Aufnahme als formelles Mitglied der Arbeiterpartei ersucht.

Eine Bittschrift mit 16 639 Unterschriften wurde gestern im Namen der Gesellschaft der Freunde im Unterhause unterbreitet. Diese Bittschrift fordert die Aufhebung der Todesstrafe

Die „politischen" Erpresserbriefe

Stichwort „Südwest" — Der Brief an den Verstorbenen — Der Täter verhaftet

Durch Erpresserbriefe wurden seit Anfang Januar Inhaber und Leiter hiesiger Großbetriebe und deren Familien in Aufregung versetzt, nach den bisherigen Ermittelungen besonders jüdische Großindustrielle der Metallbranche.

Die Empfänger dieser Briefe, die mit Gummitypen hergestellt waren, wurden aufgefordert, eine größere Summe, zwischen 30 und 90 Tausend Goldmark, an einer bestimmten Stelle am Bahnhof Halensee einem „Empfangsberechtigten" zu übergeben, der sich durch ein Stichwort wie „Südwest" und dergleichen ausweisen werde. Die Briefe erweckten den Anschein, als ob sie von der politischen Organisation „O" oder auch von einer Vereinigung ehemaliger Offiziere der Fahne schwarz-weiß-rot ausgegangen wären und waren dementsprechend unterzeichnet. Sie bedrohten die Empfänger im Weigerungsfalle mit Totschlag und im weiteren auch die Familienangehörigen. Ein Brief war an einen Kommerzienrat gerichtet, der bereits verstorben ist. Der Absender erkannte diesen Irrtum und schrieb nun an den Nachfolger des Verstorbenen, dessen Schwiegersohn, der den ersten Brief bereits gelesen hatte. Dieser wandte sich an die Polizei. Weil die Erpressungen einen politischen Anstrich zu haben schienen, so befaßte sich die Abteilung 1A des Polizeipräsidiums mit der Aufklärung. Diese ist ihr jetzt gelungen. Als der Briefschreiber und Erpresser wurde ein Gummiarbeiter Fritz Blanke aus Neukölln ermittelt und festgenommen. Jetzt ergab sich, daß das ganze Treiben auf die allergewöhnlichste Erpressung hinauslief. Der Verhaftete gibt zu, daß er es lediglich auf Geld für seine Person abgesehen habe. Der Kasten mit Gummitypen wurde bei einer Durchsuchung in seiner Wohnung gefunden. Blanke, der arbeitslos ist, wollte, seiner Behauptung nach, durch ein Gespräch, das er in einem Lokal in der Zeughofstraße gehört habe, auf einen Erpresserplan gekommen sein. Dort hätten sich zwei Herren über politische Organisationen unterhalten. Dabei seien auch mehrere Namen gefallen, die er sich gemerkt habe. Als man ihm das Unwahrscheinliche dieser Darstellung vorhielt, gab er endlich zu, die Adressen aus dem Fernsprechverzeichnis herausgesucht zu haben. Der Namen der Adressaten will er sich im einzelnen nicht mehr erinnern. Ein Dr. Westphal sei darunter gewesen. Viel Erfolg scheint der Erpresser nicht gehabt zu haben, obwohl er seinen Briefen auch noch durch Telephonmahnungen Nachdruck zu geben versuchte.

Gelegentlich wandelte er auch die Erpressung in eine einfache Sammlung um, die für seine erdichteten Organisationen bestimmt sein sollten. Er erschien auch sogar persönlich bei Inhabern von Großfirmen und sprach sie um Spenden an, wobei er sie durch geheimnisvolle Andeutungen gefügig zu machen versuchte. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Weitzel im Zimmer 264b des Polizeipräsidiums bei der Abteilung I. A. entgegen.

Der eingefrorene Holztransport

Auf den Fersen eines Großschwindlers

Ein 50 Jahre alter angeblicher Holzgroßhändler Abraham Magidson aus Lettland suchte und fand Verbindung mit Berliner und Danziger Großfirmen.

Er spiegelte ihnen vor, daß er ganze Waldungen aufgekauft und bereits geschlagen habe. Holzfällscheine, amtliche Lager- und Abfendescheine und die Police über Transportversicherung dienten als Unterlagen für bedeutende Abschlüsse. Die Käufer ließen den Kaufpreis oder einen Teil davon auszahlen, warteten aber vergeblich auf die Sendungen. Für die Verzögerung hatte der Verkäufer allerlei Erklärungen, zuletzt die, daß das Holz auf den Flüßen eingefroren sei. Eine Danziger Firma erkundigte sich nun bei der Versicherungsgesellschaft, bei der die Police ausgestellt sein sollte. Jetzt ergab sich, daß diese gefälscht war. Die Firma wollte Magidson festnehmen lassen. Er war aber mit seiner Frau bereits von Danzig nach Berlin abgereist. Ein Vertreter, den sie hierher sandte, ermittelte, daß Magidson soeben erst von einem Hotel Unter den Linden nach einem Charlottenburger Hotel übergesiedelt war, weil er „einen ruhigen Aufenthalt" gesucht hätte. In diesem neuen Hotel fand er Frau Magidson. Der Gemahl aber war verschwunden.

Nach den bisherigen Ermittelungen hat der Flüchtige 13000 englische Pfund erbeutet. Die letzte Zeit hat er in Berlin noch benutzt, bei den Banken noch abzuheben, was er bekommen konnte. In seinem Koffer fand man nur noch 500 Goldmark. Mitteilungen an Kriminalkommissar Linnemann im Zimmer 107a des Polizeipräsidiums.

Abschiedsfeier für Geheimrat Hoffmann. Im Sitzungssaal der städtischen Hochbauverwaltung im Stadthause hatten sich gestern vormittag die Beamten der Hochbauabteilung versammelt, um dem infolge des Altersgrenzengesetzes aus dem Amte scheidenden Chef der Hochbauverwaltung, Geheimrat Dr. Ludwig Hoffmann, eine Abschiedsfeier zu bereiten. Dem Scheidenden wurde ein Blumenangebinde und eine künstlerische Ledermappe überreicht, in der sich die Abschiedsgrüße der Beamten und Angestellten des städtischen Hochbaues befinden. Im Namen der Beamten sprach Oberbaurat Maydorff dem scheidenden Stadtbaurat den warmsten Dank für sein stets hilfbereites Eintreten und sein tatkräftiges Wohlwollen aus. Geheimrat Hoffmann dankte allen seinen Mitarbeitern, ohne deren Hilfe er die ganze Bürde seines Amtes nicht hätte tragen können, und verabschiedete sich durch Händedruck von jedem einzelnen.

Die Einuhr-Polizeistunde tritt heute in Kraft. Von dieser Vergünstigung werden nur die Unternehmungen Gebrauch machen, die speziell auf Nachtbetrieb eingestellt sind, während die meisten der großen Häuser nach wie vor um 12 Uhr schließen werden.

Erdichteter Ueberfall. Als erdichtet hat sich der Ueberfall herausgestellt, bei dem die junge Arbeiterin Hildegard Laufftein am Neuen Ufer nach ihrer Darstellung ins Wasser geworfen sein sollte. Die Gerettete, die noch im Krankenhaus liegt, gibt jetzt zu, daß sie einen Selbstmordversuch unternommen hat, der ihr aber leid tat, sofort sie im Wasser lag. Auf Veranlassung ihrer Schwester die ihr eine neue Stellung besorgte, hatte sie die bisherige Fabrikarbeit aufgegeben. Das gefiel ihr jedoch nicht. Sie hatte nun zu Hause vorgetäuscht, daß sie regelmäßig der neuen Beschäftigung nachgehe. Weil sie aber am Lohntage kein Geld mitbringen konnte, so hatte sie die Entlarvung befürchtet und war ins Wasser gegangen.

25 Zentner Därme auf dem Schlachthof gestohlen. Einbrecher stahlen in der Nacht zum Sonntag aus der Fleischverkaufshalle 1 und dem Aufbewahrungsraum des Darmhändlers Otto Linke sechs Fuß Schaurinefaßp, ein Faß Fettenden, 1 Faß kreuse Därme, 1000 Meter Schloß- sowie tausend Meter Kranzdärme, im ganzen 25 Zentner im Werte von 1500 Goldmark. Mitteilungen nimmt die Kriminalinspektion beim Polizeiamt Friedrichshain entgegen.

Revisionen gegen Todesurteile. Gegen das dreifache Todesurteil in dem „Hoffänger"-Prozeß ist Revision eingelegt, ebenso gegen das Todesurteil gegen den Händler Weiß, der der Ermordung der Krankenpflegerin Hedwig Plettig von der Strafkammer schuldig befunden worden ist. In dem Gattenmordprozeß Schroff hat die Staatsanwaltschaft Revision gegen das Urteil, durch das Frau Schroff wegen Totschlags unter Zubilligung mildernder Umstände zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, angemeldet. Wie seinerzeit berichtet, hatten die Verteidiger Revision gegen das Urteil der Strafkammer angemeldet, durch das Alexander Hoffmann und Alfred Schulz wegen Ermordung des Börsenmaklers Friedmann unter der Annahme, daß es sich nicht um Mord, sondern um Totschlag und Raub mit Todeserfolg handle, zu je fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren. Nunmehr hat auch die Staatsanwaltschaft Revision angemeldet. In der Begründung der Revision wird bemängelt, daß die Strafkammer nicht das Vorgehen des § 211 St.-G.-B. (Mord) angenommen habe, trotzdem aus der üblichen Urteilsbegründung hervorgehe, daß die Handlung wohl vorbereitet war, so daß sie als eine überlegte angesehen werden müsse.

Das Hochwasser in Polen

Die Weichsel noch 3 Meter über Normal

Warschau, 1. April. (W. T. B.)

Trotz des Abfließens der durch den Eisgang und das Auftauen der ungeheuren Schneemassen hervorgerufenen Wassermengen ist das Ueberschwemmungsgebiet in Polen noch sehr groß, es dehnt sich stellenweise über eine Strecke von 100 Kilometern aus. Der durch das Austreten der Flüsse verursachte Schaden ist sehr beträchtlich. Nach Blättermeldungen ist der Wasserstand der Weichsel bei Ciechosinek unterhalb Warschaus noch über 3 Meter höher als der Normalstand. Auch stehen Straßen über 2 Meter unter Wasser.

Der Wasserstand bei Dirschau ist erheblich über dem Normalniveau.

Feuer auf dem Dampfer „Holsatia"

Unvorsichtigkeit eines blinden Passagiers

Hamburg, 1. April. (Privat.)

Am Montag kam in dem ersten Raum des Dampfers „Holsatia", der der Hamburg-Amerikalinie gehört, durch Fahrlässigkeit eines blinden Passagiers Feuer zum Ausbruch. Das Feuer verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit über den ganzen Lagerraum. Nach dreistündiger Tätigkeit war es gelungen, den Brand zu lokalisieren. Der Schaden ist sehr groß.

Berliner Handelszeitung

Neue Kursabschwächung am Effektenmarkt

Die Unsicherheit, die sich seit einigen Tagen wieder auf dem Effektenmarkt bemerkbar macht, hielt an. Der Verkehr stand von Anfang an im Zeichen ausgeprägter Lustlosigkeit. Zu größeren Umsätzen kam es auf fast keinem Gebiet. Die außenpolitische Lage, die durch die unberührbare Pfänderpolitik Poincarés charakterisiert wird, und die innenpolitische Lage, auf die das Urteil im Hitler-Ludendorff-Prozess ein grelles Schlaglicht wirft, liessen die Börse wieder in äusserster Zurückhaltung verkehren.

Allmählich machte sie haber vereinzelt eine gewisse Kaufneigung geltend, so dass die Kurse späterhin einigermassen behauptet waren.

Am Devisenmarkt waren die Anforderungen wenig verändert, bei Devise Spanien etwas geringer. Der französische Franc wies eine weitere Besserung auf.

Devisen- und Banknotenkurse.

(In Billionen Mark)

Bankdiskont.		1. 4. Geld	Brief	3. 4. Geld	Brief	1. 4. Geld	Brief	3. 4. Geld	Brief
		Devisen				Banknoten			
10	Deutschland								
4	100 Holland	155,36	156,14	155,36	156,14	155,36	156,14	155,36	156,14
7	100 Dänen	68,83	69,17	67,33	67,67	68,83	69,17	67,33	67,67
5½	100 Schwed.	111,22	111,78	111,22	111,78	111,22	111,78	111,22	111,78
7	100 Norwegen	56,85	57,14	56,85	57,14	56,85	57,14	56,85	57,14
10	100 Finnland	10,57	10,63	10,57	10,63	10,57	10,63	10,57	10,63
4	100 Schweiz	73,42	73,78	73,02	73,38	73,42	73,78	73,02	73,38
—	1 Argentinien	1,385	1,395	1,405	1,415	—	—	1,41	1,43
9	1000 Q-Deut.	6,08	6,12	6,08	6,12	6,08	6,12	6,08	6,12
18	1001 Ungarn	6,38	6,42	6,38	6,42	4,69	4,71	4,69	4,71
5	100 Tsch.-Sl.	12,36	12,44	12,36	12,44	12,71	12,79	12,71	12,79
5	100 Spanien	56,85	57,14	56,85	57,14	56,85	57,14	56,85	57,14
4½	1 Amerika	4,19	4,21	4,19	4,21	4,19	4,21	4,19	4,21
5½	100 Belgien	18,43	18,55	18,15	18,25	18,43	18,55	18,15	18,25
4	1 England	18,055	18,145	18,055	18,145	18,05	18,15	18,05	18,15
6	100 Frankr.	21,44	23,56	23,14	23,26	23,36	23,74	23,36	23,55
5½	100 Italien	18,45	18,55	18,25	18,35	20,45	20,55	20,05	20,15
5½	100 Bulgarien	3,29	3,31	3,29	3,31	3,19	3,21	—	—
6	100 Rumän.	—	—	—	—	2,28	2,30	2,28	2,30
—	100 Jugosl	5,58	5,62	5,58	5,62	5,59	5,61	5,49	5,51
—	1 Japan	1,795	1,805	1,775	1,785	—	—	—	—
—	1 Rio Janeiro	0,465	0,495	0,465	0,495	0,66	0,68	0,66	0,68
9	100 Portugal	12,96	13,04	12,96	13,04	—	—	—	—
—	100 Danzig	72,21	72,59	72,21	72,59	72,42	72,78	72,42	72,78

Wetteraussicht für morgen in Berlin und Umgegend. Mild, trocken und ziemlich heiter, bei Schwachen östlichen Winden.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. Nur in Nordostdeutschland leichte Nachtfröste, sonst überall mild, im Alpenvorlande Regen.

Kurszettel der Berliner Börse vom Dienstag, den 1. April 1924.

Die Kurse anderer Werte werden in der Morgenausgabe veröffentlicht

Fortlaufend notierte Werte (Ohne Gewähr).

Festverz. Werte		Fortlaufende Kurse		Einheits-Kurse heut.	vor.
In Milliarden Prozent					
Bull. Schtzw				84,25	83,60
Baich 16 IV-V	4%			—	—
- 6-9 (Ag.)	4%			58,00	52,50
- tull. 24	4%			—	—
D. Reichs-A.	5	112,5	105,0	108,50	108,00
-	4	550		550	535
-	3%	315		305	310
-	3	1000		1025	1010
Pr Schatzanw	7-15			—	—
P.S.I.S. 24	5			—	—
- 1. S. 25	6			—	—
- Silberanl.	5%			—	—
- azalos	4			—	—
- kons. Anl.	4	360		360	345
-	3%	330		326	329
-	3	478		475	480
Bayr. St.-A.	4			750	750
-	3%			700	660
In Billionen Prozent resp. Mark					
Mex. Anl. 99	5			—	56,00
- 04	4			—	—
Oesterreich.	4%			—	—
St.-Sch. ab		5,75		5,90	5,75
4% Kaiser Eb	4			2,70	2,70
- Gold-A.	4			9,75	9,75
- K.-R.				—	0,62
4% Kons. J.J				—	0,62
4% Kons. M.N				0,70	—
4% Silber				101	—
4% Papier				—	0,80
Türk. bagd. Eb.-Anl. I	4			9,50	10,12
- Anl. 2.	4	9,37		9,37	9,87
- ex 03-08	4			—	—
- Zoll - Obl.	4	8,87		8,25	9,25
- 400 fr. L.	—			—	24,25
Ung. St. 13	4%			—	3,50
- - 14	4	3,00		3,00	3,10
- Gold-R.	4	5,37		5,20	5,3
- St.-R. 10	4	4,12		4,00	3,87
- - K.-R.	4	0,75		0,70	0,60
Uns. I. II Gld				3,50	3,50
Mex. Bew.	4%			—	—
Lomb. Obl.				7,60	7,25
- neu				—	—
Aktien.					
Ewr Nb Sonntag	8%	42,50	41,50	41,50	43,50
Akt. 1-10		1,12		1,12	1,25
Oest. ung. St	7%			34,75	36,75
Baltim. u. Ohio				34,25	33,00
Canada	2½	12,25		12,25	12,25
Atchison St		11,87		11,62	12,10
- - 82		9,12		9,37	9,37
Lux Pr.-Nr.				—	—
Wertp. Eisb.				—	—
Gb Mex. Gld				6,50	6,25

Industriepap.					
Bemberg	200	35,00		34,50	36,00
Dt. Erdöl	80	28,50	28,12	28,00	31,25
Dt. Kabowerk	100	1,80		1,80	2,00
Dt. Kaliwerk	100	48,50		48,00	48,50
Dt. Maschin.	300	7,25		7,00	8,12
Dt. Werke	—	10,75		10,50	11,12
Dt. Wollwerk	40	6,50		6,10	6,75
Deutscher Eisenhandel	75	7,00		6,75	7,00
Dürrwerke	—	—		—	—
Ueberseer	80	8,25		8,37	9,50
Dyn. A.-Nobel	100	7,62		7,00	8,00
Eisenb. V.-M.	100	13,50		13,37	14,25
Elbert. Farb.	600	17,75		17,25	19,00
El. Lieferung	30	17,25		17,00	18,80
Elektr. Licht u. Kraft	80	10,70	10,72	10,62	10,87
Essen Steink.	80	46,00		46,75	50,00
Fahlberg L.	100	6,62		6,62	7,25
Feldm. Pap.	80	6,00		6,00	6,50
Felt. & Guill.	1000	—		28,75	29,25
Gelsenkirch.	—	—		—	—
Hanomag	80	55,25	54,25	54,50	57,00
Ges. f. elect. Unternehm.	100	17,00	16,62	16,50	17,50
Gothaer Wg.	1000	16,37		16,00	16,00
Haackethal	100	3,25		3,00	3,37
Hammersen	100	14,00	15,75	15,60	16,25
Hann. Wagg.	80	—		13,75	15,00
Hansa-Lloyd	80	1,75		1,75	1,62
Harburg	—	—		—	—
Gem. Phönix	80	2,30		2,10	2,30
Hartmann	50	67,00	66,00	66,00	60,37
Stett.-Vulkan	80	6,75		6,50	7,37
Hild & Frank	80	1,37		1,50	1,60
Hirsch, Kupf.	300	36,25	35,75	35,10	38,00
Höchst. Frb.	300	15,00		14,50	16,12
Hoesch L. S	40	48,50		47,75	49,00
Hohenl. Wk.	100	36,12	35,00	34,37	38,50
Holzmann	40	3,62		3,50	3,60
Humb. M.	80	—		24,50	25,25
Jos. Berg.	100	25,00	24,50	24,50	25,50
Ilseng.	30	10,50		10,30	10,10
C. H. Jakob.	70	26,00		25,00	28,50
Kabelw. Neuer	—	—		—	—
Kalle & Co.	120	16,50		16,00	16,25
Kattowitz	—	—		—	—
Kattenbergbau	200	38,00		37,00	48,00
Kl. W. Kamp	100	1,50		1,30	1,80
Klöckn.-Werk	80	45,50		43,50	47,5
Köln-Neuss	80	47,00		45,50	50,00
Köln-Rottw.	200	8,62		8,40	9,20
Körting Gbr.	100	8,75		9,70	10,25
Krauss Lok.	100	7,50		6,75	8,00
Lahmey & Co	300	14,50		13,25	14,10
Laurahütte	80	15,00	14,37	14,30	15,70

Industriepap.					
Chem. Gries	300	15,12		15,00	16,10
Chm. Heyden	200	5,30		5,20	5,90
Contin. Gas	100	8,75		8,70	9,25
Dam. Mert.	200	5,25	5,10	5,00	5,25
Dess. Gas	80	23,62		24,12	25,00
utsch. Atl.	7	19,87		19,50	20,87
Dt. Linoleum	—	—		—	—
Dt. Reichsanl.	80	46,50	45,50	46,00	47,50
Dt. Erdöl	—	55,10	54,37	54,25	57,25
Dt. Kabowerk	100	1,80		1,80	2,00
Dt. Kaliwerk	100	48,50		48,00	48,50
Dt. Maschin.	300	7,25		7,00	8,12
Dt. Werke	—	10,75		10,50	11,12
Dt. Wollwerk	40	6,50		6,10	6,75
Deutscher Eisenhandel	75	7,00		6,75	7,00
Dürrwerke	—	—		—	—
Ueberseer	80	8,25		8,37	9,50
Dyn. A.-Nobel	100	7,62		7,00	8,00
Eisenb. V.-M.	100	13,50		13,37	14,25
Elbert. Farb.	600	17,75		17,25	19,00
El. Lieferung	30	17,25		17,00	18,80
Elektr. Licht u. Kraft	80	10,70	10,72	10,62	10,87
Essen Steink.	80	46,00		46,75	50,00
Fahlberg L.	100	6,62		6,62	7,25
Feldm. Pap.	80	6,00		6,00	6,50
Felt. & Guill.	1000	—		28,75	29,25
Gelsenkirch.	—	—		—	—
Hanomag	80	55,25	54,25	54,50	57,00
Ges. f. elect. Unternehm.	100	17,00	16,62	16,50	17,50
Gothaer Wg.	1000	16,37		16,00	16,00
Haackethal	100	3,25		3,00	3,37
Hammersen	100	14,00	15,75	15,60	16,25
Hann. Wagg.	80	—		13,75	15,00
Hansa-Lloyd	80	1,75		1,75	1,62
Harburg	—	—		—	—
Gem. Phönix	80	2,30		2,10	2,30
Hartmann	50	67,00	66,00	66,00	60,37
Stett.-Vulkan	80	6,75		6,50	7,37
Hild & Frank	80	1,37		1,50	1,60
Hirsch, Kupf.	300	36,25	35,75	35,10	38,00
Höchst. Frb.	300	15,00		14,50	16,12
Hoesch L. S	40	48,50		47,75	49,00
Hohenl. Wk.	100	36,12	35,00	34,37	38,50
Holzmann	40	3,62		3,50	3,60
Humb. M.	80	—		24,50	25,25
Jos. Berg.	100	25,00	24,50	24,50	25,50
Ilseng.	30	10,50		10,30	10,10
C. H. Jakob.	70	26,00		25,00	28,50
Kabelw. Neuer	—	—		—	—
Kalle & Co.	120	16,50		16,00	16,25
Kattowitz	—	—		—	—
Kattenbergbau	200	38,00		37,00	48,00
Kl. W. Kamp	100	1,50		1,30	1,80
Klöckn.-Werk	80	45,50		43,50	47,5
Köln-Neuss	80	47,00		45,50	50,00
Köln-Rottw.	200	8,62		8,40	9,20
Körting Gbr.	100	8,75		9,70	10,25
Krauss Lok.	100	7,50		6,75	8,00
Lahmey & Co	300	14,50		13,25	14,10
Laurahütte	80	15,00	14,37	14,30	15,70

Industriepap.					
Lilienh. Papier	240	26,50	27,00	27,00	28,00
Lud. Loewe	200	26,50		46,75	49,25
C. Lorenz	100	6,12		5,75	6,25
Mannesm. R.	80	39,50	38,37	38,00	40,75
Manef. Bergb	100	10,25		10,10	10,60
Dr. P. Meyer	100	1,37		1,37	1,30
Motor Deutz	80	26,50		26,00	28,80
Nat. Autom.	60	3,25		3,40	3,10
Nähf. Wollk.	600	46,50		66,50	48,25
O.S. Eisb.B.	80	24,75	23,50	24,25	26,25
- Lit. Cem	200	29,62	29,75	29,62	31,00
- Kokaw.	400	57,00		55,75	57,25
Orenstein & Koppel	175	17,50	17,00	17,25	18,62
Ostwerke	75	32,00		31,25	32,20
Phönix Bgb.	80	33,00	32,00	32,00	36,75
Pfälz. Elektr.	30	3,00		2,90	3,10
Polyphon	200	5,25		5,00	5,75
Rathg. Gas	2000	—		9,00	8,80
Rhein. Braunk.	150	34,25		33,00	35,50
- Hed. V.-A	75	9,00		9,00	9,75
Stahlw.	80	34,50	33,50	34,00	36,75
Sagott	160	6,10		6,10	7,00
Rhes. J. & F.	200	8,00		7,10	8,10
J. D. Riedel	200	8,00	7,75	7,75	8,70
Rombach	25	20,25		19,70	22,40
Rositzer	100	1,50		1,50	1,50
Rütgerswk.	200	17,00		16,75	17,00
Sachsenwk.	80	2,75		2,62	2,90
Salloret Holl	300	25,50	24,75	24,75	25,75
Saroth Sen.	200	1,75		1,75	1,75
Schwabenoll.	70	27,50		27,00	29,00
Schles. Bgb.	540	37,00		35,50	38,25
Schles. Cem	200	—		—	—
- Textilwk.	1000	6,00		5,00	6,37
H. Schneider	100	7,25		7,25	8,00
Schön & Sutz	200	11,60		11,30	12,00
Schuck & C.	600	37,75	37,11	37,10	39,00
Sieg. Soling.	100	—		—	—
Gussstahlw.	—	2,70		2,50	2,80
Siem. & H.	80	—		40,00	43,00
Stett. Vulkan	80	24,75		24,00	25,75
Stinn. Hbh.	—	—		49,00	50,00
Südbrikanwg.	300	78,75		78,25	78,75
Stolberg. Zink	200	40,25	39,50	39,50	41,50
Tel. Berliner	30	5,50	5,50	5,25	5,87
Thüri Gef.	70	7,50		7,60	8,50
Leonh. Tietz	100	3,75	3,75	3,75	4,25
Türk. Tabak	—	—		—	—
Union Gießer	125	10,00		10,00	10,50
V. Berg. Wess	70	3,10		3,25	2,90
Vogtl. Tel. Dr	80	2,75		2,75	3,00
Voigtländ.	—	2,10		2,10	2,10
Weser Schiffsbau	o. D.	—		15,00	14,50
Westeregeln A	200	22,50		22,00	24,00
A. Weil	100	10,50		10,10	10,87
Zellst. Waldh.	300	12,25		12,25	13,00
Zimmerm.	200	1,62		1,62	1,70
Mannfuß	0	—		5,00	5,25
Otavi Minen	8	33,75		32,50	34,25

1) 5-Dollar-Schatzanweisungen für je 15 000 Mark.

B) 50 Goldpfennig für je 500 Mark.

B) ¼ Doll. wertbeständige Goldanleihe.

Unnotierte Werte

(In Billionen Prozenten bezw. Mark) — Heutige Kurse zwischen 11/12 u. 2 Uhr

Kolonialwerte.

Otavi. Shares	19,00–19,25		
Südwest Phos	12,00	13,00	
Stamm ...	17,50	18,50	
Sabi. Shares	260,00–265,00		
Pomona ...	—		
Kanko ...	—		
Comp. Hispan Am. de El Arg. Gläsentamb.			
Sp. 6% „Rea-leinbesitz" Aktien Lit. A			

Kalkwerte.

Adler Kali ...	26,00–28,00		
Benthe ...	3,00		
Halle Kali ...	23,00–25,00		
Hannover Kali	25,00–27,00		
Heilbrunn Kali	44,00–46,00		
Kriegersfeld.	8,51	9,50	
Niedersachs.	5,25–5,75		
Ronneberg.	—		
Steinförde ...	12,00–14,00		
Unterwerk Kali	1,87		
Wittekind ...	—		

Petroleumwerte.

Ant. ...	6,25–6,50		
Dt. Petroleum	17,37–18,00		
Ipa ...	—		

Industriewerte

Aafa ...	0,25		
Adler-Kohle	13,50–14,50		
Agusta ...	0,40		
A.-G. f. Verkehr	0,70		
A.-G. f. Mod. Pr.	0,60–0,70		
Albr. & Meist.	8,–0		
Allemania ...	0,80–0,90		
Allg. Hochbk.	1,00–1,25		
Apollo-Werke	—		
Keramik. Ges	0,45		
Bayerne Jöst	1,50		
Becker Kohle	9,75–9,75		
Becker Stahl	9,12	9,50	
Benz Motoren	3,00–3,37		
Berl.-Halensee	0,47–0,52		
Berl. Nord Vz.	0,50–0,45		
Berl. Schwerm	0,20		
Brand. Futter	—		
Brown Boveri Mannheim	3,25–3,50		
Brv. u. Chem.	0,70		
Butalia ...	0,15		
Charlottenb. West-Ter.	2,25–2,50		
Chem. Hahn.	0,50–0,55		
Chem. Lübbe	0,60		
Chem. Schultz	0,50		
Dauerwäsche	0,40		

Deutsch-Am Schmirgel	0,65–0,75		
D. Gn. Werke	0,20	0,25	
D. Evaporator	1,00–1,10		
Dt. Lautsatz ...	2,37–2,62		
Dt. Textilwka.	2,00	2,12	
do. Jugo	1,75		
Dt. Wald	0,29	0,32	
Dortmunder Cement	0,80		
Dux Auto.	2,75		
Dux Porzell.	48,00		
El. Osmose Ld	0,70		
Eltingwerke	0,75		
Franz. Porz.	16,00–17,00		
Frister & Rossm	100,00		
Gen.-Com.	—		
Glückauf Brauerei Hohe	3,00–3,25		
Görl. Zentr.	0,60		
Grade-Aote.	0,60–0,65		
Grade Motor	2,12		
Großkraftwerk Franken	3,50		
Grünewald-Hartz ...	0,55		
Dr. Guggenh. Gummw. Elbe	23,00–25,00		
Haag. & Roett	4,75–5		
Hammerstein & Hertius ...	0,75	0,82	
Hanse & Co. Handelsberger Schnellpr.	0,90		
Hochfrq. ...	13,00	14,00	
Holzstoff ...	1,75		
Holzw. Glas.	1,37–1,75		
Houben ...	1,75		
Hutmacher	2,00–2,50		
J. L. Hänisch Spritf. ...	3,50	4,00	
Ibag ...	0,50–0,60		
Indag